

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Gsch. Amthof, Dresden
und Gsch. G. G. G.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Belegpreis einschließlich Frachtpreis mit den wöchentlichen Belegen
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schiffverteilung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 30 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reisege-
bote 40 Pf. Rabatt. Für Briefverteilung 10 Pf.

Nr. 16

Dresden, Mittwoch den 20. Januar 1926

37. Jahrg.

Das Verlegenheits-Kabinett

Die neue Regierung Luther ist endlich besonnen. In den letzten Abendstunden gelang es Herrn Luther, die Demokraten zu bestimmen, auf Dr. Koch zu verzichten. Vorher, am späten Nachmittag, hatte der Reichspräsident in Gegenwart des Reichskanzlers Dr. Luther die Hrn. Marx (Z.), Dr. Schulz (D. W.), Erkelenz, Koch, Dr. Haas von den Demokraten und Hrn. Leidt (Nar. W.) empfangen. Der Reichspräsident hielt eine kurze Ansprache, in der er auf den Ernst der Lage hinwies und die Notwendigkeit betonte, so schnell wie möglich ein Kabinett zu bilden. Er dankte dem Hrn. Koch nochmals für seinen Versuch, die Große Koalition zu bilden, setzte für seine Bemühungen im letzten Stadium der Kabinettbildung ein teils mit, daß der Reichskanzler den Parteiführern einen Vorschlag unterbreiten würde, zu dem man möglichst schnell Stellung genommen werden sollte. Die Not des Vaterlandes erfordere, daß die Regierungskrisis endlich beendet werde. Weitere Erörterungen mußten sich an diese Ansprache nicht.

Eine Regierung, die auf diese Weise ohne das Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit zustande kommt und in deren Gerüche die Patrie von Geburt an steift, kann von nicht allzu langer Dauer sein. Es handelt sich einfach um eine Verlegenheitsregierung. Koch wurde davon abgesehen, aber Curtius, der verirrte volksparteiliche Deutschnationaler, wurde Parteiführer. Der Vater des jetzigen Kabinetts mag über dessen soziale Einstellung und allgemeinen Geist noch so gut und mit Engelszungen reden: auf der einen Seite werden mit Dr. Luther an der Spitze im Grunde mit Brauns versuchen, wenigstens bei den Deutschnationalen angenehm zu erscheinen, während auf der anderen Seite Justizminister Marx und — vielleicht — die zwei Demokraten allein auf weiter Flur gegen den Geist der Bürgerhochfrunde anzukämpfen haben. Das ist die Situation, aus der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Schlußfolgerungen zu ziehen hat.

Die Deutsche Tageszeitung, die am neuen Kabinett allerhöchsten auszuweisen hat, schreibt u. a.: „Wie Herr Dr. Curtius, der sich mit wirtschaftlichen Fragen bisher doch nur als Jurist beschäftigt haben dürfte, sich als Reichswirtschaftsminister bewähren wird, bleibt abzuwarten. Von vornherein dagegen muß mit aller Schärfe gesagt werden, daß die Landwirtschaft es überaus bitter empfindet, daß man das neue Kabinett nicht so gestaltet hat, daß es einen irgendwie ausreichenden Platz für einen wirklichen Vertrauensmann der Landwirtschaft geboten hätte.“ Die Deutsche Zeitung gibt für die Wälschen aller Richtungen gegenüber dem neuen Kabinett die Parole aus: „Wirtschaftliche Opposition mit allen Mitteln.“

Die Germania meint: „Wahrscheinlich wird die Verlebung darüber, daß endlich der Vorhang vor dem unerquidlichen Schauspiel auf der parlamentarischen Bühne gefallen ist, größer sein als über die Regierung selbst.“ Von der neuen Regierung der Kleinen Koalition verlangt das Zentrum, daß es die Politik der Großen Koalition mache, eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs.

Dr. Kötz beurlaubt

Vom Rat der Stadt Dresden wird uns mitgeteilt, daß nach der Ernennung des Herrn Dr. Kötz zum Reichsminister des Innern zunächst lediglich beabsichtigt ist, ihn von seinen Ratsgeschäften zu beurlauben.

Wann folgt die Regierungserklärung?

Auf die Tagesordnung der Reichstagsitzung vom Mittwoch, die anfänglich die Erklärung der Reichsregierung entgegennahm, ist, hat der Präsident gemäß dem Bericht des Geschäftsbereichs über die Einbringung von Strafverfahren gegen Mitglieder des Reichstags (u. a. Karl Bruns), kleineren Vorlagen, wie Patientenfragen, Verlegung der Polizeibeamten, beim Reichswasserbau, Novelle zum Hypothekendarlehen, Änderungen der Reichsversicherungsordnung sowie die Fortsetzung der dritten Beratung des Reichshaushalts für 1926. Die Entgegennahme der Regierungserklärung ist also noch nicht vorgesehen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß in einer zweiten Sitzung noch eine Erklärung der Regierung vorgelesen werden oder die bisher vorgelesene Erklärung zur Verlesung der Regierungserklärung auf 5 Uhr nachmittags angelegt wird.

Echo der Presse

D. Berlin, 20. Januar. (Eig. Funksp.) Die demokratische Presse ist über das Hinandrängen des Herrn Koch aus der Regierung unzufrieden. Das Berliner Tageblatt schreibt: „Viel leicht hätte das Zurückweichen auf die schon jahrelang aus agitatorischen Gründen in der Presse der bayerischen Volkspartei genährte Dege gegen die angeblich zentralistischen Tendenzen des Abgeordneten Koch auch nur sekundäre Bedeutung. Vielleicht lag das wirklich treibende Motiv in der Angst, an einer Regierung, in der die Person des Innenministers die Gewähr für einen entschiedenen Republikanismus gab, überhaupt mitzuwirken. Diese merkwürdige Einstellung einer präsumtiven Regierungspartei gegen den Geist der Reichsverfassung hätte Luther erst recht veranlassen müssen, der bayerischen Volkspartei höflich, aber entschieden zu sagen: „Dann eben ohne Sie, meine Herren.“ Er hat das nicht getan. Die überaus unerquidliche Form, in der sich die Neubildung der Reichsregierung vollzieht, läßt zum größten Teil im zur Last.“

Frage an die SPD.

Der Parteivorstand der SPD. für Volksentscheid

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich am Dienstag mit der Frage der Fürstenerfindung und legte seine Auffassung wie folgt nieder: Der Parteivorstand soll den vom Rechtsausschuß der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die entschädigungslose Enteignung der früher eingetragenen Fürsten, entsprechend den in der Beratung des Parteivorstandes vorgebrachten Gesichtspunkten verabschieden und durch seine Herbeiführung eines Volksentscheides einreichen.

- 1. nicht ausgesprochen ist, daß die näheren Bestimmungen über die Art der Verwendung des enteigneten Vermögens durch ein immerhalb bestimmter kurzer Frist zu erlassendes Reichsgesetz getroffen werden sollen.
- 2. nicht beachtet ist, daß bei der Verwendung des enteigneten Vermögens auch die bedürftigen Opfer der Inflation zu berücksichtigen sind.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird er sucht, sofort als vermittelnde Instanz einzugreifen, um zu erreichen, daß nur ein Gesetzentwurf zum Volksbegehren und Volksentscheid eingebracht wird. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist zu dieser Vermittlung berufen, weil es sich auch um wichtige sozialpolitische Fragen handelt und alle in Betracht kommenden politischen Richtungen in den Gewerkschaften vertreten sind.

Die Aktion für Volksbegehren und Volksentscheid wird von jeder beteiligten Organisation selbständig geleitet für das gemeinsame Ziel der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten.

Der SPD. schreibt dazu: Einen Volksentscheid über die Fürstenerfindung herbeizuführen, das ist ein Gedanke, der schon im Herbst vergangenen Jahres in der Sozialdemokratischen Partei aufkauchte und in internen Kreisen eifrig erörtert wurde. Seiner Ausführung war es nicht zum Nutzen, daß bürgerliche Blätter ihn in sensationeller Weise in die Öffentlichkeit warfen. Denn nun glaubten die Kommunisten, diesen ursprünglich sozialdemokratischen Plan für sich auszuhebeln zu sollen, um der Sozialdemokratie den Rang abzulassen. Sie beeilten sich, ihr mit der Einreichung eines Gesetzentwurfes zuzurufen, und indem sie ihre eigene Lächerlichkeit prisen, erhoben sie gegen die Sozialdemokratie die tödlichen Verdächtigungen.

Nachdem die Kommunisten nun wirklich der Sozialdemokratie mit der Einreichung des Gesetzentwurfes abgetreten sind, können wir zu ihnen sagen: „In der Fürstenerfindung seid ihr uns über, aber nicht in der Mäßigkeit.“ Dabei ist zuzugeden, daß es die Kommunisten viel einfacher haben als wir; denn die Kommunisten riskieren nichts dabei; selbst wenn sie ganz isoliert vorgingen, würde der Volksentscheid gang

ihnen zweifellos viel mehr Stimmen bringen, als sie bei der letzten Wahl ausgebracht haben, und das wäre für sie schon ein Erfolg. Die große Sozialdemokratische Partei kann aber in einem solchen Kampf nicht hineingehen, ohne den ganzen Sieg zu wollen und ihn mit allen Kräften anzustreben.

Dieser ganze Sieg, d. h. die rechtskräftige Annahme eines eingebrachten Entwurfs durch das Volk, ist gefährdet, wenn Berichtigung eintritt. Darum werden die Kommunisten ihren voreilig eingebrachten und unzureichenden Entwurf wieder zurückziehen müssen. Soll die Aktion mit guter Aussicht auf Erfolg unternommen werden, so darf nur ein Entwurf vorliegen, und der muß Hand und Fuß haben. Der Vorstand des A. D. G. B. ist bereit, die dazu notwendige Vermittlung zu übernehmen; es liegt nun an den Kommunisten, zu zeigen, daß es ihnen nicht nur darauf ankommt, der Sozialdemokratie Vorkommen über den Weg zu legen, sondern daß sie bereit sind, für die Erreichung eines tatsächlichen Ziels mit zweckmäßigen Mitteln zu wirken.

Sollte die Vermittlungskommission der Gewerkschaften keinen Erfolg, so müßte die Sozialdemokratische Partei einen besonderen Entwurf einbringen. Es würde dann schon bei dem Volksbegehren, d. h. bei dem vorgeschriebenen Unterrichtsverfahren durch Einzeichnung in die Listen, ein Kampf zwischen dem sozialdemokratischen und dem kommunistischen Vorschlag entstehen. Da ein Entwurf, wenn er zum Volksentscheid gebracht werden soll, durch 4 Millionen Stimmen unterstützt sein muß, hätten die Kommunisten jenseits keine Aussicht, mit ihrem Entwurf gegenüber dem sozialdemokratischen durchzudringen. Darum darf man erwarten, daß der Vermittlungsversuch der Gewerkschaften nicht erfolglos bleiben wird.

Sind die ersten Schwierigkeiten, die aus der kommunistischen Sonderaktion entstanden sind, allmählich überwunden, dann wird das Feld frei für einen Kampf, wie ihn Deutschland, ja wie ihn die ganze Welt noch nicht erlebt hat, und alle Kräfte müssen angespannt werden, um ihn siegreich zu beenden.

Das eigentliche Verfahren, das Volk über eine brennende politische Frage selbst entscheiden zu lassen, zerfällt in drei Teile: Zulassungsverfahren, Volksbegehren und Volksentscheid. Das Zulassungsverfahren, wofür die Unterschriften von 5000 Stimmberechtigten aufgebracht werden müssen, schließt ab mit einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger, nach der innerhalb einer bestimmten Frist die Einzeichnungslisten aufgelegt werden müssen. An die Listen muß sich jeder persönlich eintragen. Das Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn ein Behälter der Stimmberechtigten sich in die Listen eingetragen hat. Maßgebend für die Stimmzahl ist der zweite Wahltag, die Zahl der in diesem

- Reichskanzler: Dr. Luther (parteilos rechts)
- Außenminister: Dr. Stresemann (Volksp.)
- Innenminister: Dr. Kötz (Demokr.)
- Finanzen: Dr. Reinhold (Demokr.)
- Wirtschaft: Dr. Curtius (Volksp.)
- Arbeitsminister: Dr. Brauns (Zentr.)
- Justiz: Marx (Zentr.)
- Reichswehr: Gessler (?)
- Post: Stinag (Nar. W. Volksp.)
- Verkehr: Krahne (Volksp.)

Zwei Ministerien sind noch unbesetzt: das Ernährungsministerium und das für die besetzten Gebiete. Das erstere wird wahrscheinlich ein dem Zentrum anschließender Mann erhalten. Das letztere wird provisorisch von Marx verwaltet. Die Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei (die noch am Montag gegen das Kabinett der Rechten meuterte) stimmten gestern Abend der neuen Ministerliste zu. Die demokratische Reichstagsfraktion hat für Sonntag den Parteiausdruck der demokratischen Partei nach Berlin einberufen, um ihre Haltung zu rechtfertigen. Denn es heißt immerhin mit einer Regierungspartei Schuldner reden, wenn die Parteivorstände von einer andern Regierungspartei als Minister abgesetzt wird. Der demokratischen Fraktion ist darum der Entschluß auch nicht leicht gefallen. Der Eintritt in die Regierung wurde mit 10:10 Stimmen beschlossen. Koch selbst gab als Vorübergehender dem Ausfall für die Regierungsbildung.

Neu im Kabinett sind die Herren Kötz, Reinhold und Curtius. Die beiden Demokraten und ihre politische Wirkung sind in Sachsen nicht unbekannt. Der Dresdner Bürgermeister ist nicht gerade als radikaler Republikaner. Seit 1919 ist er erster Vorsitzender der Demokratischen Partei Sachsen, die hier sehr oft praktisch von der Deutschen Volkspartei nicht zu unterscheiden war. Wie er als Minister des Innern abzuweichen wird, bleibt abzuwarten.

Dr. Reinhold gehörte dem sächsischen Kabinett bereits zur Zeit der Volkskammer an, wo er in dem sozialdemokratischen Kabinett unter Gradnauer und Wald den Posten eines Finanzministers bekleidete. Als im Sommer des Jahres 1921 die jetzige Koalition kam, wurde Reinhold von seiner Partei wieder als Finanzminister in die Regierung geholt. Reinhold hat auf dem Gebiete der Volkswirtschaft die Arbeit fortgesetzt, die unter der sozialdemokratischen Regierung begonnen wurde. Mit Energie bemühte er sich dem Ausbau der sächsischen Staatsbetriebe, wobei ihm zweifellos seine Erfahrungen als großer Unternehmer zugute kamen. Um so nützlicher war der Herr gegenwärtig Kapitalistischer Kreise über Reinholds Wirken auf dem Gebiet. Von deutschnationaler Seite wie auch in den sozialdemokratischen Kreisen Nachrichten wurde er wegen seines „Staatssozialismus“ in heftiger und auch oft unzulässiger Weise angegriffen. In Steuer- und Wirtschaftspolitik gegenüber kapitalistischen Wünschen. So wurde mit seinem Einverständnis in Sachsen die Arbeitgeberfrage um die Hälfte herabgesetzt, ohne daß auf andere Weise der Erfolg geschaffen wurde. Auch in neuerer Zeit hat er in der Öffentlichkeit wiederholt fundamente, daß die Verwertung der sogenannten Wirtschaft mit Steuern noch immer zu hoch sei. Es bleibt daher zu befürchten, daß er auch als Finanzminister den Steuerbeamtenwünschen der Kapitalisten ein zu williges Ohr leihet. Es wird die Aufgabe sein, während seiner Ministerzeit die Beständen auf Kosten der großen Massen steuerlich entlastet werden.

Die Reichsregierung beginnt die Regierung gleich mit einem Gesamtprogramm: sie brachten ihren Feind Koch zu Fall, in dem die Bayerische Volkspartei gegen ihn vorgeht. Bei Sündenbure wurde die Erbschaftsteuer vollendet. In der Wirtschaft war nach dieser Erwählung bei dem Reichspräsidenten, zu dem Herr Koch persönlich eingeladen wurde, er sich nicht verhandelt hatte, nichts anderes als die übertragene Art, die Schuld einzulösen auf die demokratische Fraktion im Falle eines Scheiterns der Koalition abzuweisen und Herrn Koch mit schönen Worten abzuschreiben.